

## **Schittich, Ingrid (2009): Irak, Afghanistan, Gaza. Die Herausforderung für die Friedensbewegung. Kein Aufruf.**

Irak, Afghanistan, Gaza – in resolutem Dreischritt entfernt sich die internationale Politik von den Idealen, die sie einmal vollmundig verkündet hatte: von der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der Weiterentwicklung eines international geltenden Völkerrechts, der Genfer Konvention für „faire Spielregeln“ auch in Kriegen, der Freiheit als essentiellstem Wert des persönlichen und politischen Daseins und schließlich der Pflege der Demokratie als entwicklungswürdiger Staatsform. Dies waren die Träume von Menschlichkeit nach dem Grauen des 2. Weltkriegs, aus dem „Nie-Wieder“ derer geboren, die den Schrecken dieses Krieges entronnen waren.

### **Kriege als Ware**

Ein schlingpflanzenartig wuchernder Kapitalismus hat diese Träume sehr schnell und nachhaltig erstickt. Werte, die keine Rendite versprechen, die dem Shareholder-Value nicht zuträglich sind, verlieren politisch und gesellschaftlich ihre Bedeutung. Menschenleben sind kein Wert an sich geworden.

Das ständige Sich-behaupten-Müssen in rücksichtslosen Wettbewerbsgesellschaften nahm auch den einzelnen Menschen die Luft zum Atmen und das Frei-Sein zum Denken.

Übermächtige Konzerne und machthungrige Politikerinnen und Politiker können Kriege wie eine Ware mit der entsprechenden Werbung verkaufen.

Die Menschen sehen zu, wie die Regierungen der USA regelmäßig Länder und Völker überfallen und das Völkerrecht mit Füßen treten, sie erleben mit, wie die israelischen Regierungen die Palästinenserinnen und Palästinenser seit Jahrzehnten unterdrücken, ihre Lebensgrundlagen zerstören, die Bevölkerung „aushungern“. Genauso schweigen die Menschen zu Guantanamo und anderen Folterlagern.

Sie fallen auf die Lügen herein, mit denen die Kriege begonnen und rechtfertigt werden. Sie haben sich an den Anblick der Leiden der Zivilbevölkerungen gewöhnt, den ihnen die Fernsehapparate ins Wohnzimmer bringen.

Von den hehren Idealen und den Good-Will-Erklärungen nach dem zweiten Weltkrieg ist wenig geblieben. Die Menschen glauben vielmehr, dass man nichts gegen Krieg und Unrecht tun kann. „Die da oben“ sind zu mächtig. Diese resignierende Überzeugung ist zugleich der Todesstoß für jede echte Demokratie.

### **Naturgegebenes Unrecht?**

Auf die vermeintliche Erkenntnis, dass Unrecht sozusagen naturgegeben sei, gibt es drei mögliche Reaktionen:

1. Leere fühlen, sich fügen und resignieren,
2. die Pflicht fühlen, trotzdem etwas zu tun, um nicht mitschuldig zu sein
3. ohnmächtige Wut empfinden und gegebenenfalls zu Gewalt und Terror „Zuflucht

nehmen“.

Friedens- und Menschenrechtsorganisationen gehören zu denen, die wohl eine Art irrationales Pflichtbewusstsein in sich spüren. Sie „müssen“ etwas tun und wissen zugleich, dass sie ihr Ziel nicht erreichen. Sie laufen in der Regel den Ereignissen hinterher. Wenn sie in Aktion treten, sind die Entscheidungen schon gefallen, die Weichen gestellt.

Die Unterschriften-Aktionen, die vereinzelt Demos, die Mahnwachen hier und dort, die Aufforderungen Briefe zu schreiben an die Regierungen, Petitionen einzureichen, all dies hält die einmal in Gang gesetzte Maschinerie nicht auf.

Kriege waren und sind immer ein gutes Geschäft, im Großen wie im Kleinen. An ihnen verdienen Dynastien von Waffenhändlern, kaum behindert durch die internationale Politik. Auch die kleinsten und ärmsten Länder Afrikas zum Beispiel strotzen vor Waffen, mit denen sie Jahrzehnte lang Kriege führen können und dabei die Lebensbedingungen ihrer Bevölkerungen ruinieren.

In diesen Zusammenhang gehört auch die ständig größer werdende dunkle Welt der Söldner. Ihr Mensch-Sein wird auf das Töten reduziert, egal wo sie töten und egal wen. In Liberia forderte kürzlich eine Organisation von Bürgerkriegssöldnern die Zahlung von ausstehenden Löhnen und drohte: „Wir haben das Töten gelernt“ (We are trained to kill). Bei der UNO-Konferenz „7th Global Forum on Reinventing Government“ im Juni 2007 in Wien rief die Vertreterin eines afrikanischen Landes aus: „Macht doch endlich, endlich etwas gegen die Produktion und den Handel mit Kleinfeuerwaffen. Sie sind für uns die größte Bedrohung, sie töten auf unseren Straßen, und es gibt mehr Tote durch sie als durch Panzer und Raketen!“

Die großen Staaten brauchen ihre eigenen oder die Stellvertreter-Kriege, um ihre Macht und ihren Zugriff auf die Ressourcen zu sichern, die eigentlich der ganzen Menschheit zur Verfügung stehen. Ihre Geheimdienste haben erprobte Methoden, um diese Kriege vorzubereiten und anzuzetteln.

Die nächsten Kriege um die Herrschaft über die Rohstoffe bahnen sich an, wir kennen nur die Gründe noch nicht, die dann vorgeschoben werden.

Wie der Iran zum Land des Bösen designt wird, erleben wir seit einiger Zeit. Stiller und leiser richten sich die Zielfernrohre auf Afrika. Die großen Ölgesellschaften sind schon dort, planen und verrichten bereits ihr zerstörerisches Werk: Die rücksichtslose Umweltzerstörung entlang ihrer Baustellen, die Ausbeutung der Arbeitskräfte.

Und schon wieder kämpfen dort Umweltgruppen auf verlorenem Posten, genauso wie wir es in den letzten Jahren in Georgien gesehen haben.<sup>1</sup>

### **Ein Gegenentwurf**

Aus der politischen Welt kommt keine Abhilfe. Weder für die Umwelt, die Menschenrechte noch für den Frieden. Gier und Machtsucht sind zu starke Drogen, die Abhängigkeit von ihnen ist allem Anschein nach nicht heilbar.

---

1 <http://www.worldcitizens.de/content/bibliothek/eintraege/258.php>

Wo stehen wir dann? Ist die erste der oben geschilderten Reaktionen doch die der Gesamtsituation der Welt am besten angemessene: Leere fühlen, sich fügen und resignieren?

Gibt es einen ernst zunehmenden, nennbaren Gegenentwurf, gar eine Vision?

Gehen wir in Gedanken mehr als fünf Jahre zurück. Unmittelbar vor dem Überfall der USA auf den Irak waren mehr als 12 Millionen Menschen weltweit auf den Straßen, um gegen den drohenden Krieg zu protestieren. Viele waren dabei, die zum ersten Mal demonstriert und zum ersten Mal ihre Überzeugung öffentlich gezeigt haben.

Und zum ersten Mal in der jüngeren Geschichte haben sich so viele Menschen miteinander verbunden gefühlt, ohne die Kultur, die Religion, die Nationalität der anderen zu kennen oder zu teilen. Sie vertrauten in diesen Augenblicken auf die menschliche Vernunft, die nicht an Kultur, Religion oder Nationalität gebunden ist, und auf die Fähigkeit der Menschen zu Verständigung und Kommunikation.

Es war zu ahnen, dass die eigentlich trennenden Grenzen zwischen den Menschen nicht dort verlaufen, wo sie traditionell verortet sind. Die eigentlich trennende Grenze verläuft dort, wo auf der einen Seite Gier und Macht regieren und auf der anderen Seite die Ablehnung von Gewalt und Krieg die Grundüberzeugung der Menschen ist.

Und es war zu spüren, dass es eine andere „Globalisierung“ geben kann. Diese andere Globalisierung wird, so haben wir es damals gesehen und gespürt, durch die Menschen selbst geschaffen. Durch Menschen, die „jenseits von Markt und Staat“, also per definitionem im Bereich der Zivilgesellschaften, handeln.

### **Die andere Globalisierung**

Allerdings scheinen wir noch immer in den Kinderschuhen dieser anderen Globalisierung zu stecken. Schon allein die Möglichkeiten der Technik, uns zu vernetzen, um gemeinsam für das Ziel einer friedlichen und solidarischen Welt zu arbeiten und gemeinsam zu handeln, werden nicht systematisch genutzt. Und vor allem nicht, um gemeinsame Strategien auszuarbeiten.

Was wäre wohl, wenn die Produkte großer Firmen eines Landes, dessen Regierung ein anderes Land angreift, nicht mehr gekauft würden? Und das weltweit überall dort, wo Friedensorganisationen zusammen mit Menschenrechts- und Umweltgruppen miteinander vernetzt sind, voneinander wissen und strategisch zusammenarbeiten?

Es fällt auf, dass Politikerinnen und Politiker den Begriff Boykott nicht einmal in den Mund zu nehmen wagen.

Regierungen und Staaten benutzen zur Zeit lieber den militärischen Begriff Blockade. Bei einer Blockade ist der Staat der Handelnde und entscheidet über Inhalt und Ausmaß einer Aktion. Bei einem Boykott, so die Angst der politischen Klasse, wären die Bevölkerungen selbständig Urteilende und Handelnde.

So ist die Blockade des Gaza-Streifens von den Regierungen der Europäischen Union

schändlich mitgetragen worden. Über die Blockade heißt es in einem Kommentar des SWR: *„Anderthalb Millionen Menschen immer tiefer ins Elend zu drücken, war nicht nur unmoralisch und kriminell - es war dumm. Diese Menschen nur noch auf das Überlebensminimum zu reduzieren, machte den Nahen Osten immer noch unsicherer und instabiler. Den Scherbenhaufen, vor dem die Europäische Union nun steht, hat sie selbst mit angerichtet.“*<sup>2</sup>

Die Bevölkerungen der EU hätten diese Blockade möglicherweise nicht mitgetragen.

Im Kampf gegen die Apartheid in Südafrika bewirkte vor Jahren der Früchte-Boycott der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland in Zusammenarbeit mit der Anti-Apartheid-Bewegung viel. Auch der weltweit unternommene Versuch, den Ölkonzern Shell wegen seiner Absicht, den schwimmenden Öltank Brent Spar zu versenken, zu boykottieren, ist noch in Erinnerung. Schon 40 Jahre ist es her, dass 40 Biafra-Organisationen dazu aufriefen, keine britischen Waren mehr zu kaufen und insbesondere die Mineralölkonzerne „BP“ und „Shell“ zu boykottieren, weil sich „Großbritannien der Mittäterschaft am Völkermord [in Biafra] schuldig macht“.<sup>3</sup> Die gewaltfreien, boykott-betonten Aktionen eines Mahatma Ghandi oder eines Martin Luther King sind schon in die Schulbücher eingegangen.

In all diesen Bewegungen waren Zivilgesellschaften aktiv. Darauf sollten wir uns wieder besinnen. Mit wohl überlegten, global vernetzten Aktionen und Maßnahmen könnten wir den Palästinenserinnen und Palästinensern genauso wie der leidenden Zivilbevölkerung im Irak und in Afghanistan helfen, könnten wir die drohenden Angriffe auf Afrika und anderswo abwenden.

Eine mutige Phantasie beim Ausdenken und Planen von gewaltfreien Aktionen einschließlich Aktionen des zivilen Ungehorsams ist heute wieder gefragt.

Ein Tag ohne Umsatz bei Mc Donald's, ohne Coke, ohne Mars-Riegel, weltweit? Und das nicht nur als Idee zu einer gesünderen Nahrung, sondern als politisches Mittel in den Händen von Konsumentinnen und Konsumenten? Oder eine Woche?

Solche Aktionen sind sicher wirksamer als höflich-demütige Bittbriefe an Politikerinnen und Politiker.

Wir müssen neu anfangen. Bald. Schnell.

Die kargen Mittel, die wir im Augenblick haben, tun denen, gegen die wir uns wehren wollen, nicht weh.

---

<sup>2</sup> <http://www.swr.de/nachrichten/-/id=396/nid=396/did=4366176/c0sauz/> Gesehen 06.01.2009.

<sup>3</sup> Frankfurter Rundschau, 29.09.1968